

Stimmungsbarometer zu Geflüchteten



Bericht von Jannes Jacobsen, Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp

Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen 347

Interview mit Philipp Eisnecker

»Ostdeutsche schätzen die Folgen von Fluchtzuwanderung negativer ein als Westdeutsche« 359

Am aktuellen Rand Kommentar von Alexander Kritikos

Zukunftsweisende Verhandlungen sind gefragt 360



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
26. April 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Prof. Dr. Alexander S. Kritikos

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im vergangenen Herbst wieder ziemlich kräftig zu, nachdem sie im Sommer nahezu stagniert hatte. Diese Tendenz wurde vor allem vom Wiederanstieg der Anlageinvestitionen bewirkt; hinzu kam die verstärkte Zunahme des privaten Verbrauchs. Die Auslastung der Kapazitäten erhöhte sich, und der Rückgang der Erwerbstätigenzahl kam – anderthalb Jahre nach Beginn des Aufschwungs – zum Stillstand. Das relativ hohe Expansionstempo war sicherlich auch auf vorübergehende Einflüsse zurückzuführen. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Aufwärtsbewegung denn auch etwas verlangsamt. Der Preisaufrtrieb blieb nach wie vor gedämpft.

aus dem Wochenbericht Nr. 16+17 vom 29. April 1977

Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen

Von Jannes Jacobsen, Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp

Die Präsenz Geflüchteter in Deutschland sowie die Herausforderungen ihrer Integration beschäftigen die Öffentlichkeit seit nunmehr zwei Jahren. Neuesten Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zufolge machten sich im vergangenen Jahr weitaus mehr Menschen in Deutschland Sorgen aufgrund von Zuwanderung sowie Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass als noch im Jahr 2013. Weitere repräsentative Ergebnisse eines eigens erhobenen Stimmungsbarometers zu Geflüchteten in Deutschland im Jahr 2016 und der aktuellen SOEP-Welle deuten darüber hinaus darauf hin, dass die Befragten in der Fluchtzuwanderung eher Risiken als Chancen sehen. Gleichzeitig engagierte sich 2016 rund ein Drittel der Bevölkerung nach eigenen Angaben in Form von Geld- oder Sachspenden für Geflüchtete und rund zehn Prozent halfen vor Ort, etwa indem sie Geflüchtete bei Behördengängen begleiteten oder Sprachkurse gaben. Eine höhere formale Bildung sowie bisheriges ehrenamtliches Engagement machen einen solchen Einsatz für Geflüchtete vor Ort wahrscheinlicher. Im Jahresverlauf nahm die in der Umfrage geäußerte Absicht, sich künftig zu engagieren, jedoch ab.

Die mit der Unterbringung und einer nachhaltigen gesellschaftlichen Integration Geflüchteter verbundenen Fragen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der 2015 und 2016 erfolgten Zuwanderung¹ werden hitzig diskutiert. Nicht zuletzt mit Blick auf die diesjährigen Landtags- und Bundestagswahlkämpfe dürften sie in den Fokus rücken.²

Dieser Wochenbericht untersucht, wie die Folgen dieser Fluchtzuwanderung eingeschätzt werden und inwieweit die Gesellschaft bereit ist, Geflüchtete zu unterstützen. Diese Fragen sind zentral, um ein umfangreiches Stimmungsbild hinsichtlich der aktuellen Fluchtzuwanderung zeichnen zu können.

Das für diesen Bericht untersuchte Jahr 2016 begann mit den sexuellen Übergriffen auf der Kölner Domplatte, im Jahresverlauf kam es in Deutschland zu mehreren terroristisch motivierten Gewalttaten, einige davon mit islamistischem Hintergrund.³ Diese Ereignisse sowie die im Jahresverlauf 2016 deutlich sinkenden Zahlen registrierter Geflüchteter und die beginnenden Integrationsmaßnahmen dürften das Stimmungsbild zu Geflüchteten in Deutschland maßgeblich beeinflusst haben.

¹ Im Jahr 2015 sind rund 890 000 Asylsuchende nach Deutschland zugewandert. Im Jahr 2016 ist die Zahl auf rund 280 000 (ohne Doppelzählungen und Weitergereiste) gesunken, vgl. Bundesministerium des Innern (2017): Pressemitteilung vom 11. Januar 2017 (online verfügbar, abgerufen am 6. April 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, insofern nicht anders vermerkt.

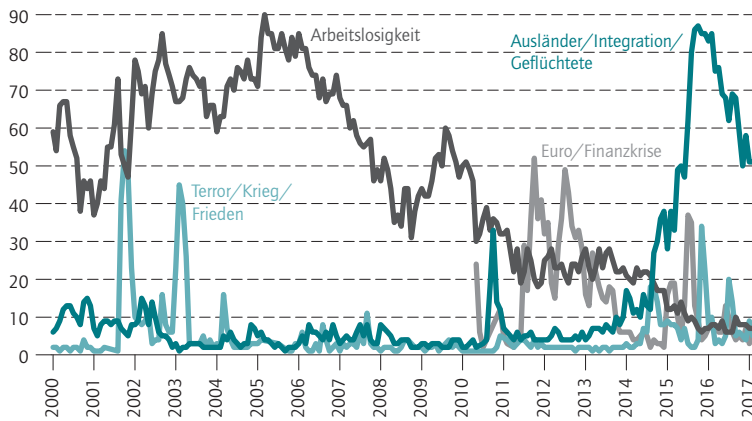
² So ermittelte *Infratest Dimap* im Rahmen des ARD-Deutschland-Trends im Januar 2017, dass die Flüchtlingspolitik unter allen Wahlberechtigten als das mit Abstand wichtigste politische Thema erachtet wird und von 40 Prozent der Wahlberechtigten priorisiert wird (online verfügbar). Vgl. auch Marco Giesselmann et al. (2017): Fluchtzuwanderung ganz oben auf der Liste der dringenden politischen Prioritäten. *Wirtschaftsdienst*, 97. Jahrgang, 2017, Heft 3, 192-200 (online verfügbar).

³ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2017): Übersicht ausgewählter islamistisch-terroristischer Anschläge (online verfügbar).

Abbildung 1

Genannte wichtige Probleme in Deutschland (Auswahl)

In Prozent der Befragten, die mindestens eines der Probleme nennen



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer 01/2000 bis 02/2017 (online verfügbar).

Anmerkung: Für jeden Monat wurde bei mehreren vorhandenen Abfragen die jeweils letzte ausgewählt.

© DIW Berlin 2017

Der Themenkomplex „Ausländer, Integration und Flüchtlinge“ ist aus Sicht der Befragten seit 2015 das wichtigste Problemfeld.

Zuwanderung nach Deutschland und Ausländerfeindlichkeit bereiten große Sorgen

Gemäß der Ergebnisse der *Forschungsgruppe Wahlen* zählt bereits seit Sommer 2015 der Themenkomplex „Ausländer, Integration und Flüchtlinge“ zu den zwei wichtigsten Problemfeldern, die von einer – in manchen Monaten sogar sehr deutlichen – Mehrheit der Wahlberechtigten in Deutschland genannt werden (Abbildung 1). Dieses Thema hat die lange Jahre dominierende Problemfelder „Arbeitslosigkeit“ und zeitweise „Euro- und Finanzkrise“ in der Wahrnehmung der Bevölkerung als dringlichste Herausforderung abgelöst.

In der Haushaltsbefragung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)⁴ werden die Sorgen, die sich die Befragten zu verschiedenen Themenbereichen machen, jährlich erfragt.⁵

Die Sorgen bezüglich der Zuwanderung sind in den Jahren 2015 und 2016 deutlich gestiegen: Demnach machten sich im Jahr 2016 in Deutschland insgesamt 49 Prozent der Befragten „große Sorgen“ um dieses Thema. Betrachtet man nur Ostdeutschland, liegt das Niveau sogar auf einem im SOEP ermittelten Allzeithoch von rund 56 Prozent (Abbildung 2). Diese besonders hohe Besorgtheit steht im Widerspruch zum tatsächlichen Anteil von Migrantinnen und Migranten in den neuen Bundesländern.⁶ Dieser ist im Vergleich zum Westen der Bundesrepublik deutlich niedriger.

Ebenso haben im untersuchten Zeitraum die Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass erheblich zugenommen: 50 Prozent der Befragten bereitete dies im Jahr 2016 „große Sorgen“ (Abbildung 3).

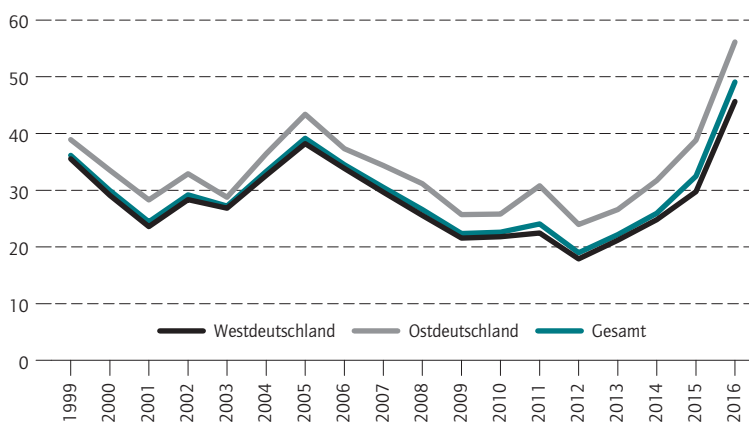
Rund 28 Prozent der Personen haben bei beiden Fragen große Sorgen angegeben. Die sich stark sorgenden Personen unterscheiden sich somit kaum zwischen den beiden Themenfeldern.

Vor dem Hintergrund zahlreicher Übergriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsheime⁷ sind die Werte so hoch wie zu Beginn der 1990er Jahre in Westdeutschland. Auch

Abbildung 2

„Große Sorgen“ aufgrund von Zuwanderung nach Deutschland

In Prozent



Quellen: SOEP v.33 (gewichtet), Wellen 1999–2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Immer mehr Menschen äußern „große Sorgen“ aufgrund von Zuwanderung.

⁴ Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird, vgl. Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). Asta Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 4, 301-328.

⁵ Zu jedem Themenbereich wird gefragt, ob sich der oder die Befragte „große Sorgen“, „einige Sorgen“ oder „keine Sorgen“ macht.

⁶ Vgl. Analyse der Bundeszentrale für politische Bildung auf Basis des Mikrozensus (online verfügbar).

⁷ Vgl. Chronik Flüchtlingsfeindlicher Überfälle der Amadeu Antonio Stiftung (online verfügbar).

damals fanden zahlreiche Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten statt, beispielsweise in Rostock-Lichtenhagen.⁸

Um über diese generellen Sorgen hinaus ein umfangreiches Stimmungsbild hinsichtlich der aktuellen Fluchtzuwanderung zeichnen zu können, hat das SOEP ergänzend zu seiner Langzeitbefragung ein monatliches Stimmungsbarometer zu Geflüchteten im Jahr 2016 durchgeführt. Zusätzlich wurden auch Daten zum Engagement der Bevölkerung im Hinblick auf Geflüchtete gesammelt. Dafür wurden monatlich jeweils etwa 2 000 Befragte (immer wieder andere) persönlich von KANTAR Public befragt (Kasten 1 und 2). Nach bisherigen Teilanalysen⁹ werden im Folgenden alle monatlich erhobenen Wellen im Gesamtverlauf ausgewertet sowie zusätzlich Befunde der Langzeitstudie SOEP zu den Fragestellungen präsentiert.

Absicht, sich für Geflüchtete zu engagieren, nahm im Jahresverlauf 2016 ab

Dem Stimmungsbarometer zu Geflüchteten zufolge hat sich rund ein Drittel aller Befragten im Verlauf des Jahres 2016 für Geflüchtete in Form von Geld- und Sachspenden engagiert (Abbildung 4).¹⁰ Vor Ort – also etwa bei der Begleitung von Behördengängen oder in der Sprachförderung – setzten sich konstant knapp zehn Prozent der Bevölkerung ein. Vergleichsweise selten nahmen die Befragten an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen zur Flüchtlingsthematik teil, hier lag der Anteil zwischen drei und acht Prozent. Ob es sich dabei um Demonstrationen und Aktionen zur Unterstützung von Geflüchteten handelte oder in diesem Umfeld Kritik beziehungsweise Ablehnung zur Fluchtzuwanderung geäußert wurde, lässt sich anhand der Daten allerdings nicht unterscheiden. Der Anteil der auf eine oder mehrere Weisen zur Flüchtlingsthematik Engagierten lag unter allen Befragten des Stimmungsbarometers im Jahr

8 Für eine Analyse der Ereignisse vgl. Dietrich Thränhardt (1993): Die Ursprünge von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Konkurrenzdemokratie: Ein Vergleich der Entwicklungen in England, Frankreich und Deutschland. Leviathan 21/3. 336-357.

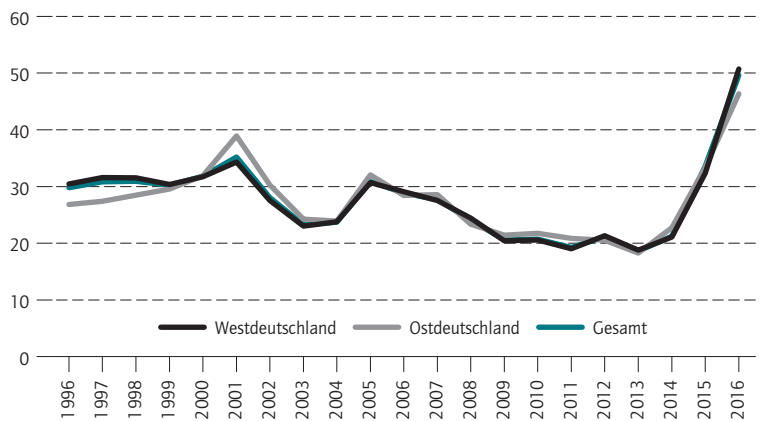
9 Vgl. Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp (2016): Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. DIW Wochenbericht Nr. 8; Philipp Eisnecker und Jürgen Schupp (2016): Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland. SOEPpapers 833; Jürgen Gerhards, Silke Hans, Jürgen Schupp (2016): Einstellungen der BürgerInnen in Deutschland zur Aufnahme von Geflüchteten. DIW Wochenbericht Nr. 21.

10 Auf Stichproben beruhende Angaben sind im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Gesamtbevölkerung stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Aus diesem Grund wird in diesem Wochenbericht häufig auf Konfidenzintervalle verwiesen, welche entweder als Wertespanne im Text angegeben werden oder sich aus Abbildungen und Tabellen ablesen lassen. Größere Konfidenzintervalle weisen dabei auf unsicherere Schätzungen. So haben sich beispielsweise auf Grundlage des Konfidenzintervalls mindestens 28 Prozent und höchstens 37 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2016 in Form von Spenden engagiert.

Abbildung 3

„Große Sorgen“ aufgrund von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland

In Prozent



Quellen: SOEP v.33 (gewichtet), Wellen 1992–2016; eigene Berechnungen.

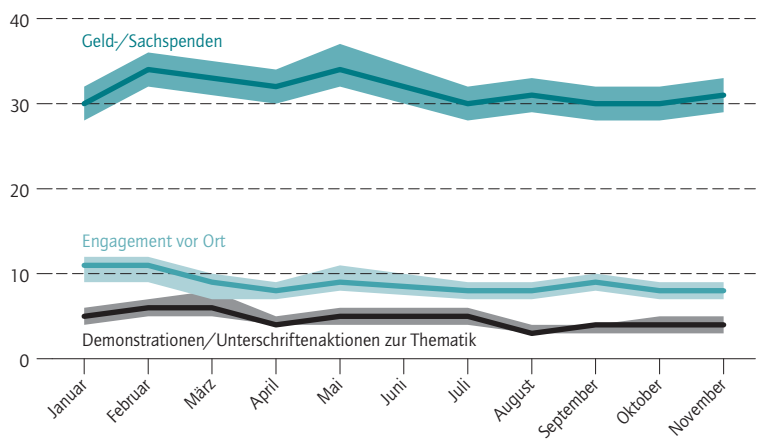
© DIW Berlin 2017

Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern sorgt sich die Hälfte der Bevölkerung aufgrund von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass.

Abbildung 4

Engagement im Umfeld Geflüchteter¹

In Prozent



¹ Zum Zeitpunkt der Befragung wurde jeweils nach dem Engagement in den zurückliegenden zwölf Monaten gefragt.

Anmerkung: Während „Geld-/Sachspenden“ und „Engagement vor Ort“ mit einem Engagement für Geflüchtete gleichzusetzen sind, können sich Befragte, die „Demonstrationen/Unterschriftenaktionen zur Thematik“ angaben, auch gegen Geflüchtete engagiert haben. Eine Trennung ist in diesem Punkt aufgrund der Datenlage nicht möglich. Die jeweils farbig hinterlegten Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quellen: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar–November 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Die mit Abstand meisten Hilfsbereiten engagieren sich in Form von Geld- und Sachspenden für Geflüchtete.

Kasten 1

Zur Datenbasis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und des Stimmungsbarometers zu Geflüchteten in Deutschland

Die hier ausgewerteten Fragen wurden in gleicher Formulierung sowohl monatlich im Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland als auch in der Erhebungswelle 2016 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) gestellt. Die am DIW Berlin angesiedelte Längsschnitterhebung SOEP wird seit 1984 durch *Kantar Public*¹ jährlich in heute rund 11 000 deutschen Haushalten mit etwa 30 000 Befragten erhoben. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem SOEP durch *Kantar Public* durchgeführt wurde das „Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland“. Die Basis der Stimmungsbarometer ist jeweils eine mehrfach geschichtete, bevölkerungsrepräsentative Zufallsstichprobe mit jeweils rund 2 000 persönlich-mündlichen Interviews pro Welle mit monatlich wechselnden InterviewpartnerInnen, die im Rahmen von Mehrthemenbefragungen erhoben wurden. Die Befragungen wurden monatlich von Januar bis November 2016 – ausgenommen Juni – durchgeführt. Die Zielgruppe der Erhebung waren in Deutschland in Privathaushalten wohnende Personen ab 14 Jahren.

Die monatliche Abfrage im Stimmungsbarometer ermöglicht die Erfassung innerjährlicher Änderungen, während im SOEP umfangreichere und häufig Jahrzehnte überspannende Informationen zur Analyse herangezogen werden können. Zusätzlich

erlaubt das Stimmungsbarometer eine externe Validierung der im SOEP vergleichbar erhobenen Indikatoren.

Die ersten Fragen richten sich auf persönliche, subjektive Einschätzungen zu fünf Bereichen mit jeweils elf möglichen Abstufungen, wobei der Wert eins die negativste und der Wert elf die positivste mögliche Bewertung ausdrückt. Die Einstiegsfrage lautete:

„Das Thema Flüchtlinge ist in Deutschland umstritten. Was würden Sie persönlich zu den folgenden Fragen sagen?“

1. Ist es im Allgemeinen *schlecht* oder *gut* für die **deutsche Wirtschaft**, dass Flüchtlinge hierher kommen?
 - schlecht für die Wirtschaft (1)
 - gut für die Wirtschaft (11)
2. Wird das **kulturelle Leben** in Deutschland im Allgemeinen durch Flüchtlinge *untergraben* oder *bereichert*?
 - untergraben (1)
 - bereichert (11)
3. Wird **Deutschland** durch Flüchtlinge zu einem *schlechteren* oder *besseren* Ort zum Leben?
 - zu einem schlechteren Ort (1)
 - zu einem besseren Ort (11)

¹ Ehemals TNS Infratest Sozialforschung München.

2016 im Durchschnitt bei über 35 Prozent. Im Jahresverlauf blieben die Anteile jeweils recht stabil. Zu beachten ist bei diesem Befund jedoch, dass sich die Abfragen jeweils auf das Engagement in den vorangegangenen zwölf Monaten beziehen. Daher kann insbesondere abnehmendes Engagement zum Jahresende hin hier nur unzureichend erfasst werden.

Deutlicheren Schwankungen im Jahresverlauf 2016 unterlag hingegen die Absicht, sich entweder erstmals oder weiterhin für Geflüchtete einzusetzen (Abbildung 5): Der Jahreshöchstwert wurde im März erreicht, als rund 40 Prozent der Befragten die Absicht kundtaten, sich mit Spenden zu engagieren. Mit rund 20 Prozent erreichte das beabsichtigte Engagement vor Ort seinen höchsten Wert bereits im Februar. Hiernach fielen die Anteilswerte bis zum Sommer und verharrten bis November auf durchweg signifikant niedrigeren Werten von etwa einem Drittel für Spenden und gut zehn Pro-

zent für das Engagement vor Ort. Auf deutlich niedrigerem Niveau ähnlich entwickelte sich die Beteiligung an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen.

Negative Einschätzungen zu Auswirkungen der Fluchtzuwanderung dominierten 2016

Die Befragten wurden für fünf Bereiche gebeten, auf einer elfstufigen Skala ihre jeweiligen Einschätzungen bezüglich der Auswirkungen der aktuellen Fluchtzuwanderung abzugeben und so auch zwischen positiven und negativen Einstufungen zu differenzieren (Kasten 1). Insgesamt überwogen die negativen Einschätzungen deutlich: Die Durchschnitte aller fünf Abfragen blieben mit einer Ausnahme das Jahr über deutlich unter dem ambivalente und indifferente Einschätzungen anzeigenden Mittelwert der Skala. Besonders fallen die skeptischen Antworten im Hinblick auf die kurzfristigen Effekte ins Auge, wohingegen die langfristigen Auswir-

4. Birgt ein starker Zustrom von Flüchtlingen **kurzfristig mehr Risiken oder mehr Chancen?**
- kurzfristig mehr Risiken (1)
 - kurzfristig mehr Chancen (11)
5. Birgt ein starker Zustrom von Flüchtlingen **langfristig mehr Risiken oder mehr Chancen?**
- langfristig mehr Risiken (1)
 - langfristig mehr Chancen (11)“

Für das Stimmungsbarometer hatten die InterviewerInnen die Anweisung, nach dem Vorlesen der Einstiegsfrage vom Laptop diesen zu drehen und die Befragten selbst die Antwort eingeben zu lassen, ohne dass die Interviewerin oder der Interviewer die konkrete Antwort sehen konnte.

Die folgenden Fragen zielen auf das Engagement der Befragten im Hinblick auf die Flüchtlingsthematik. Für drei Arten des Engagements wurde dabei abgefragt, ob der Befragte sich solcherart eingesetzt hat oder dies (weiterhin) vorhat. Im Gegensatz zum ersten Fragenblock teilen die Befragten nicht nur im SOEP, sondern auch im Stimmungsbarometer ihre Antworten mündlich dem Interviewer oder der Interviewerin mit. Konkret wurde gefragt:

„Welche der folgenden Aktivitäten haben Sie im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik seit dem letzten Jahr gemacht und welche haben Sie (auch) in Zukunft vor zu machen?“

- 1a. Flüchtlinge mit Geld- und Sachspenden unterstützen
- Seit letztem Jahr gemacht (Ja/Nein)

- 1b. Flüchtlinge mit Geld- und Sachspenden unterstützen
- Will das (auch) in Zukunft machen (Ja/Nein)
- 2a. Arbeit vor Ort mit Flüchtlingen (z.B. Behördengänge oder Sprachförderung)
- Seit letztem Jahr gemacht (Ja/Nein)
- 2b. Arbeit vor Ort mit Flüchtlingen (z.B. Behördengänge oder Sprachförderung)
- Will das (auch) in Zukunft machen (Ja/Nein)
- 3a. An Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen zur Flüchtlingsthematik teilnehmen
- Seit letztem Jahr gemacht (Ja/Nein)
- 3b. An Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen zur Flüchtlingsthematik teilnehmen
- Will das (auch) in Zukunft machen (Ja/Nein)“

Während die Frage nach Geld- und Sachspenden auf relativ konkretes Verhalten abzielt, kann die Fragestellung zur Arbeit vor Ort trotz der zwei genannten Beispiele von den Befragten recht breit aufgefasst werden; so könnte beispielsweise auch Engagement im Rahmen der eigenen Erwerbstätigkeit mit eingeschlossen werden. Somit soll eine Balance erzielt werden zwischen sehr konkreten Abfragen, welche allerdings bestimmte relevante Verhaltensweisen ausschließen, und weiter gefassten Fragestellungen, die mehr Raum für Interpretation lassen. Zusätzlich zielen die ersten zwei der drei Aspekte – Spenden und Arbeit vor Ort – auf Hilfsleistungen für Geflüchtete, wohingegen die Frage nach dem aktiven politischen Einsatz breiter formuliert wurde: Somit werden durch diesen sowohl flüchtlingsbefürwortende als auch flüchtlingskritische politisch Aktive erfasst.

kungen der Fluchtzuwanderung etwas weniger pessimistisch beurteilt wurden (Abbildung 6). Von drei weiteren Einzelbereichen wurden im gesamten Jahresverlauf die Effekte auf die Wirtschaft tendenziell am optimistischsten eingeschätzt (Abbildung 7). Knapp dahinter folgten die Auswirkungen auf das kulturelle Leben. Am negativsten wurde der Einfluss auf Deutschland als Ort zum Leben beurteilt.

Für den Verlauf des Jahres 2016 ergeben sich für alle fünf Abfragen grundsätzlich ähnliche Verlaufsmuster: Waren die Einschätzungen der Befragten im Januar noch relativ skeptisch, erholten sich diese vor allem in den ersten drei Monaten des Jahres und erreichten im Juli ihre höchsten Werte. So ergab sich zu diesem Zeitpunkt für die eingeschätzten Auswirkungen auf die Wirtschaft ein Wert zwischen 5,7 und 6,0, der nahe dem weder positive noch negative Einschätzungen anzeigenden Skalenmittel liegt. Mit einem Durchschnitt zwischen 3,8 und 4,1

blieb die kurzfristige Einschätzung weiterhin die skeptischste. Hiernach fielen im August alle fünf Einschätzungen stark ab,¹¹ um sich bis November wieder nach und nach zu erholen. Zum letzten Messzeitpunkt waren die Antwortwerte meist etwas höher als im Januar 2016.

Entschiedene SkeptikerInnen prägen Stimmungsbild deutlich

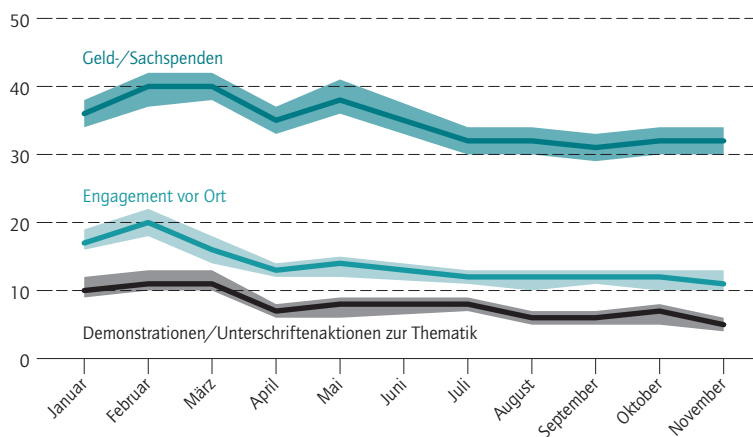
Ergeben sich die oben berichteten mittleren Werte durch viele Befragte mit im Durchschnitt über die Fragen eher nicht deutlichen oder ambivalenten Einschätzungen?

¹¹ Es kann vermutet werden, dass mehrere Terroranschläge, etwa in Nizza, Ansbach und bei Würzburg – die letzteren beiden durch als Geflüchtete nach Deutschland gekommenen Männern verübt – unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Befragung zum starken Stimmungsabfall im August beigetragen haben. Auf ähnliche Weise könnten die vergleichsweise niedrigen Werte im Januar auch durch die Übergriffe auf der Kölner Domplatte während der Silvesterfeiern erklärbar sein.

Abbildung 5

Künftig geplantes Engagement im Umfeld Geflüchteter

In Prozent



Anmerkung: Während „Geld-/Sachspenden“ und „Engagement vor Ort“ mit einem Engagement für Geflüchtete gleichzusetzen sind, können sich Befragte, die „Demonstrationen/Unterschriftenaktionen zur Thematik“ angaben, auch gegen Geflüchtete engagieren wollen. Eine Trennung ist in diesem Punkt aufgrund der Datenlage nicht möglich. Die jeweils farbige hinterlegte Fläche geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quellen: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar-November 2016; eigene Berechnungen.

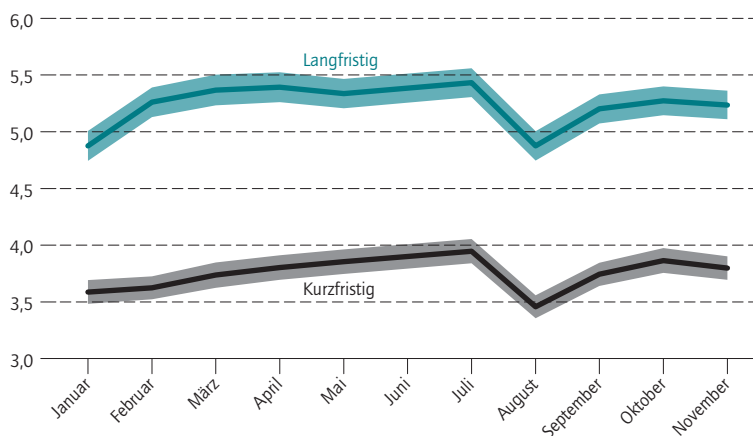
© DIW Berlin 2017

Im Jahresverlauf 2016 ist die Absicht, sich künftig zu engagieren, zurückgegangen.

Abbildung 6

Einschätzung der kurz- und langfristigen Folgen der Zuwanderung Geflüchteter

Bewertungsskala von 1 (extrem negativ) bis 11 (extrem positiv)



Die jeweils farbige hinterlegte Fläche geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar-November 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Die langfristigen Folgen von Zuwanderung werden optimistischer eingeschätzt als die kurzfristigen.

Tabelle 1

Engagement für Geflüchtete vor Ort¹ nach Einschätzung der Folgen der Flüchtlingszuwanderung

In Prozent

| Einschätzung | Engagement vor Ort | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|-------------------------------------|--------------------|-------------------------------|
| Deutlich negativ (1 bis unter 5) | 3,3 | 2,9-3,7 |
| Ambivalent/nicht deutlich (5 bis 7) | 9,5 | 8,8-10,2 |
| Deutlich positiv (über 7 bis 11) | 23,0 | 21,6-24,4 |
| | Cramers V | 0,24 |
| | Pearson Chi2(2) | 1 100,00 (p=0,00) |

¹ Zum Zeitpunkt der Befragung wurde jeweils nach dem Engagement in den zurückliegenden zwölf Monaten gefragt.

Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 19695.

Quellen: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar-November 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Oder werden die Ergebnisse durch Befragte geprägt, die im Durchschnitt der Fragen deutlich skeptische oder zuversichtliche Einschätzungen abgaben? Zwischen 14 und 21 Prozent der Befragten gaben im Mittel über alle fünf Abfragen klar zuversichtliche Antworten mit einem Durchschnittswert der Fragen von mehr als sieben von maximal elf Punkten (Abbildung 8) – sie waren somit durchgehend in der Minderheit. Im Gegensatz dazu repräsentierten entschiedene Skeptikerinnen und Skeptiker – Personen mit niedrigen Mittelwerten unter fünf – im Jahresverlauf zwischen 40 und 57 Prozent der deutschen Bevölkerung. Ebenfalls relativ hoch war der Anteil der indifferent oder ambivalent Antwortenden mit Mittelwerten zwischen fünf und sieben, sie machten zwischen 28 und über 40 Prozent der Befragten aus.

Beispielhaft für das Engagement vor Ort zeigt sich: Je zuversichtlicher der oder die Befragte, desto wahrscheinlicher ist ein persönlicher Einsatz (Tabelle 1). Zu geringeren Anteilen setzt sich die Gruppe der Engagierten gleichzeitig jedoch auch aus ambivalent und in gewissem Maße sogar deutlich skeptisch eingestellten Personen zusammen.

Je höher die Bildung einer Person, desto eher engagiert sie sich für Geflüchtete

Was zeichnet Personen aus, die eher skeptisch gegenüber den Auswirkungen der Fluchtzuwanderung eingestellt sind? Und was Menschen, die eher zuversichtlich antworteten? Engagieren sich bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders häufig für Geflüchtete?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden auf Grundlage aller Monatsbefragungen des Stimmungsbarometers multivariate Regressionsmodelle geschätzt¹² (Tabelle 2). Diese ermöglichen es, die Zusammenhänge mit verschiedenen Faktoren – etwa Bildung und Einkommen – getrennt voneinander zu analysieren. Betrachtet wird hier ein Index aller fünf Einschätzungsfragen¹³ sowie der Einsatz vor Ort für Geflüchtete in den vergangenen zwölf Monaten.

Frauen waren demnach etwas zuversichtlicher in Bezug auf die Auswirkungen der Fluchtzuwanderung in Deutschland als Männer und Ledige etwas optimistischer als Verheiratete. Das Alter spielte dagegen keine signifikante Rolle. Die berufliche Stellung war ein wesentlicher Differenzierungsfaktor: Die Gruppe der ArbeiterInnen war auf der für die Umfrage verwendeten Skala knapp einen halben Punkt pessimistischer eingestellt als die Vergleichsgruppe der Angestellten und BeamtenInnen, während Befragte, die noch in schulischer oder beruflicher Bildung sind, einen halben Punkt zuversichtlicher waren. Der deutlichste Zusammenhang zeigte sich jedoch beim Bildungsgrad: Je höher der Bildungsabschluss einer Person, desto optimistischer war sie – so wiesen beispielsweise Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss einen um einen ganzen Punkt höheren Durchschnittswert auf als solche mit mittlerer Reife. Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss waren hingegen um einen halben Punkt skeptischer als Befragte mit mittlerer Reife.

Hinsichtlich haushalts- und wohnortsbezogener Charakteristiken schätzten Personen, die mit Kindern zusammenleben, und Befragte, die auf ein höheres Haushaltseinkommen zurückgreifen können, die Auswirkungen der Fluchtzuwanderung etwas optimistischer ein. Gleiches gilt für GroßstadtbewohnerInnen. In Kleinstädten oder Dörfern lebende BürgerInnen waren dagegen eher pessimistisch eingestellt. In Bezug auf den Wohnort fällt jedoch der Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern am deutlichsten aus: Ostdeutsche waren um mehr als einen halben Punkt skeptischer als Westdeutsche.¹⁴

12 Da Einstellungen und Engagement in gleicher Weise auch im SOEP abgefragt wurden, können die folgenden multivariaten Modelle weitgehend auch auf Grundlage dieser Daten berechnet werden. Dabei ergeben sich sehr ähnliche Ergebnisse wie für die Daten des Stimmungsbarometers, was für die Verlässlichkeit der Ergebnisse spricht.

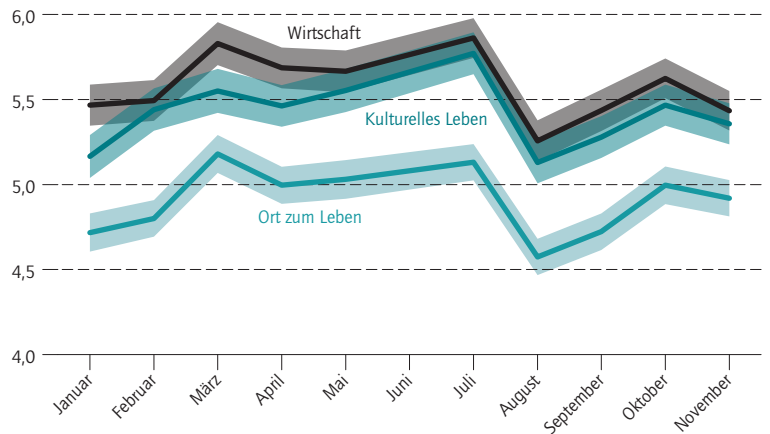
13 Solche Indexbildungen sind aus methodischer Sicht nur sinnvoll, wenn sichergestellt werden kann, dass die im Index enthaltenen Abfragen miteinander in enger Beziehung stehen. Dies ist mit einem Cronbachs Alpha von 0,9 in diesem Fall klar gegeben.

14 Werden im multivariaten Regressionsmodell die Koeffizienten verglichen, die den jeweiligen Befragungsmonat im Jahr 2016 berücksichtigen, so ergeben sich keine großen oder systematischen Unterschiede zu den schon berichteten Verlaufsmustern.

Abbildung 7

Einschätzung der Folgen der Zuwanderung Geflüchteter nach Bereichen

Bewertungsskala von 1 (extrem negativ) bis 11 (extrem positiv)



Die jeweils farbig hinterlegten Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar–November 2016; eigene Berechnungen.

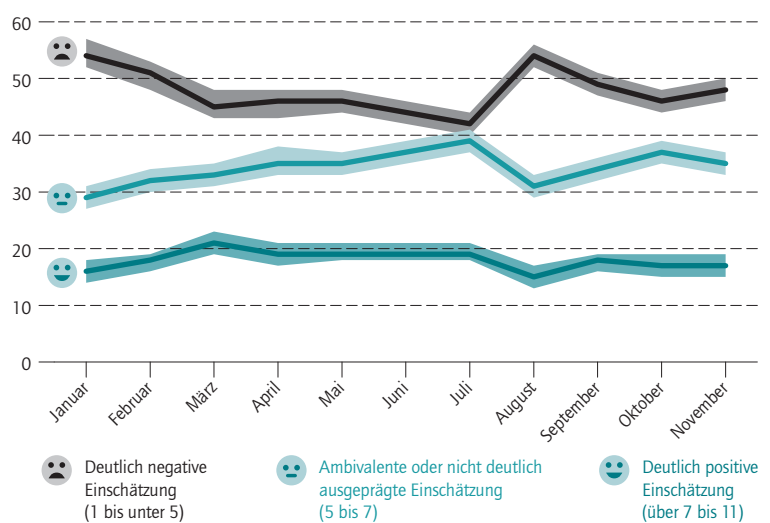
© DIW Berlin 2017

Die Auswirkungen auf die Wirtschaft werden von den Befragten am wenigsten skeptisch eingeschätzt.

Abbildung 8

Generelle Einschätzung der Auswirkungen der Zuwanderung Geflüchteter

In Prozent



Die jeweils farbig hinterlegten Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar–November 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Im Stimmungsbarometer zu Geflüchteten überwogen im vergangenen Jahr insgesamt die skeptischen Stimmen.

Tabelle 2

Multivariate Regressionsmodelle für Einschätzungsindex und Engagement vor Ort

| | M1 Einschätzung Folgen Flüchtlingszustrom Index | | M2 Engagement vor Ort | |
|---|---|-------------------|-----------------------|-------------------|
| | Unstandardisierter Regressionskoeffizient | Signifikanzniveau | Marginaler Effekt | Signifikanzniveau |
| Frau | 0,11 | * | 0,02 | ** |
| Alterskategorie | | | | |
| <i>Ref: 30-44</i> | | | | |
| unter 30 | -0,14 | | 0,02 | |
| 45-59 | 0,11 | | 0,01 | |
| 60-74 | 0,11 | | 0,00 | |
| über 74 | 0,20 | + | -0,02 | |
| höchster Bildungsabschluss | | | | |
| <i>Referenzkategorie Mittlere Reife</i> | | | | |
| Kein Abschluss/Hauptsch. | -0,49 | ** | -0,02 | * |
| (Fach)Abitur | 0,71 | ** | 0,04 | ** |
| (Fach)Hochschulabschluss | 1,01 | ** | 0,10 | ** |
| Sonstiger Abschluss | 0,03 | | 0,00 | |
| Familienstand | | | | |
| <i>Ref: Verheiratet</i> | | | | |
| Ledig | 0,20 | ** | 0,01 | |
| Verwitwet | -0,17 | * | -0,01 | |
| Geschieden | -0,06 | | 0,02 | |
| Wohneigentum | 0,01 | | 0,01 | |
| Stellung | | | | |
| <i>Ref: Angestellte/BeamtenInnen</i> | | | | |
| Arbeitslos | -0,16 | | -0,01 | |
| In Ausbildung | 0,50 | ** | 0,01 | |
| Arbeiter | -0,44 | ** | -0,01 | |
| Selbständiger | -0,07 | | -0,01 | |
| Ruhestand | -0,04 | | 0,00 | |
| Nicht erwerbstätig/Sonstiges | 0,11 | | -0,01 | |
| Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen | | | | |
| <i>Referenzkategorie 1200-1500 Euro</i> | | | | |
| unter 1200 Euro | -0,19 | ** | 0,00 | |
| 1500-3000 Euro | 0,13 | * | -0,01 | |
| über 3000 Euro | 0,01 | | 0,00 | |
| Kinder im Haushalt | 0,18 | ** | 0,02 | * |
| Siedlungsgröße | | | | |
| <i>Referenzkategorie 20 000-100 000</i> | | | | |
| unter 5 000 | -0,28 | ** | -0,01 | |
| 5 000-20 000 | -0,19 | ** | 0,00 | |
| 100 000-500 000 | 0,10 | | -0,01 | |
| über 500 000 | 0,11 | | 0,03 | ** |
| Ostdeutschland | -0,64 | ** | -0,03 | ** |
| Befragungsmonat | | | | |
| <i>Referenzkategorie April</i> | | | | |
| Januar | -0,26 | ** | 0,03 | * |
| Februar | -0,12 | | 0,03 | * |
| März | 0,07 | | 0,01 | |
| Mai | 0,04 | | 0,02 | |
| [Junij | | | | |
| Juli | 0,18 | + | 0,00 | |
| August | -0,35 | ** | 0,00 | |
| September | -0,20 | * | 0,01 | |
| Oktober | -0,04 | | 0,00 | |
| November | -0,09 | | 0,01 | |
| Konstante (M1) | 4,82 | ** | | |
| (pseudo) R ² | 0,116 | | 0,060 | |
| N (ungewichtet) | 19 455 | | 19 455 | |

M1: Lineare Regression mit abhängiger Variable „Index Eingeschätzte Auswirkungen Flüchtlingszustrom“, gebildet durch Addition der 5 Einschätzungs-Items und Standardisierung auf 1-11 (maximal negativ-positiv). Interpretationsbeispiel Regressionskoeffizient: Eine Befragungsperson mit (Fach-)Abitur hat - wenn alle sonstigen im Modell berücksichtigten Faktoren gleich gehalten werden - einen etwa 0,7 Punkte höheren Wert auf dem Einschätzungsindex als eine Befragungsperson mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss.

M2: Logistische Regression mit abhängiger Variable „Engagement für Geflüchtete vor Ort“ (0/1), Durchschnittliche Marginale Effekte. Interpretationsbeispiel Marginaler Effekt: Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit sich vor Ort für Geflüchtete engagiert zu haben wäre für eine westdeutsche Befragungsperson um drei Prozentpunkte niedriger, wenn er oder sie aus Ostdeutschland käme und alle sonstigen im Modell berücksichtigten Faktoren auf ihrem tatsächlichen Wert gehalten werden.

** p<=1 Prozent, * p<=5 Prozent, + p<=10 Prozent.

Quellen: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Januar bis November 2016; eigene Berechnungen.

Kasten 2

Abgleich des Stimmungsbarometers mit dem SOEP

Befragungen zu sensiblen Themen wie die Akzeptanz von Geflüchteten unterliegen immer sozialer Erwünschtheit und können daher leicht verzerrt sein. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Vertrauen zwischen Befragtem und InterviewerIn in Panelbefragungen deutlich höher liegt als in Einmalbefragungen wie dem Stimmungsbarometer und somit die SOEP-Daten als robuster einzuschätzen sind.¹ Ein Vergleich zwischen den Daten des SOEP und des Stimmungsbarometers ist deswegen sinnvoll (Tabelle).² Aus dem Vergleich wurden für die SOEP-Daten Befragte mit ausländischer Staatsangehörigkeit ausgeschlossen, da diese im BUS unterproportional vertreten sind. Im SOEP gaben zwischen fünf und sechs Prozent an, sich im vergangenen Jahr „vor Ort“ engagiert zu haben. Im Stimmungsbarometer waren es zwischen neun und zehn Prozent. Auch die anderen Bereiche des Engagements werden in den jeweils monatlich gezogenen Bevölkerungsstichproben häufiger angegeben.

Es zeigt sich, dass die Befragten der Bevölkerungsstichprobe wie erwartet systematisch ein höheres Engagement angaben als die Befragten im SOEP. Nichtsdestotrotz können die Auswertungen der Bevölkerungsstichprobe erste Hinweise geben und Änderungen auf monatlicher Ebene nachzeichnen.

1 Vgl. Jörg P. Schröpler (2001): Respondent Behavior in Panel Studies: A Case Study of the German Socio-Economic Panel (GSOEP). DIW Discussion Papers 244.
2 Um Vergleichbarkeit herzustellen, werden für das Stimmungsbarometer nur die Monate Februar bis Mai betrachtet, in denen auch der Großteil der SOEP-Interviews 2016 durchgeführt wurde.

Tabelle

**Engagement und Einschätzungen
(Vergleich Stimmungsbarometer und SOEP)**

| | | Stimmungsbarometer (Februar bis Mai) | | SOEP 2016, nur Personen ohne ausländische Staatsangehörigkeit | |
|---|--|---|--------|---|--------|
| | | Zwischen... | ...und | Zwischen... | ...und |
| Engagement (Prozent) | Geld/Sachspenden | 32,4 | 34,4 | 26,9 | 28,4 |
| | Engagement vor Ort | 8,5 | 9,8 | 4,7 | 5,5 |
| | Demonstrationen/Unterschriftenaktionen | 5,1 | 6,2 | 4,6 | 5,4 |
| | Mindestens eines davon | 35,6 | 36,9 | 30,2 | 31,7 |
| Einschätzungen (Durchschnittlicher Skalenwert) | Wirtschaft | 5,6 | 5,7 | 5,7 | 5,8 |
| | Kulturelles Leben | 5,4 | 5,6 | 5,5 | 5,6 |
| | Ort zum Leben | 4,9 | 5,1 | 5,0 | 5,1 |
| | Kurzfristig | 3,7 | 3,8 | 3,7 | 3,8 |
| | Langfristig | 5,3 | 5,4 | 5,3 | 5,4 |
| | Index | 5,0 | 5,1 | 5,1 | 5,1 |

Quellen: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten in Deutschland (gewichtet), Befragungen Februar bis Mai 2016 sowie SOEP v.33 (gewichtet), Welle 2016; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Hinsichtlich der Einstellungen zur Fluchtzwanderung ergeben sich im SOEP und Stimmungsbarometer im Mittel übereinstimmende Werte. Der zusammenfassende Index liegt jeweils bei einem Skalenwert von etwa fünf.

Im Hinblick auf das Engagement für Geflüchtete vor Ort waren Frauen signifikant häufiger aktiv als Männer, auch wenn der Niveauunterschied gering ist. Befragte mit Kindern im Haushalt engagierten sich dagegen etwas eher als Befragte ohne Kinder, ebenso waren GroßstadtbewohnerInnen wahrscheinlicher engagiert als andere. Ostdeutsche waren seltener aktiv als Westdeutsche.

Die oben berichteten Unterschiede sind zwar statistisch signifikant, die Effektstärken bewegen sich jedoch in einem sehr niedrigen Bereich von nur zwei bis drei

Prozentpunkten, um die ein Einsatz wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher ist. Im Gegensatz hierzu zeigen sich beim Bildungsniveau – wie auch schon im Hinblick auf die Einschätzungen zur Flüchtlingsthematik – größere Differenzen: So ist die Wahrscheinlichkeit, sich für Geflüchtete vor Ort zu engagieren, für Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss gegenüber Befragten ohne Abschluss, mit Hauptschulabschluss oder Realschulabschluss um etwa zehn Prozentpunkte höher.

Tabelle 3

Engagement für Geflüchtete vor Ort nach Parteineigung

In Prozent

| Partei | Engagement vor Ort | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|--------------|------------------------------|-------------------------------|
| SPD | 7,8 | 6,6-9,1 |
| CDU | 6 | 5,0-7,0 |
| CSU | 3,5 | 1,9-5,1 |
| FDP | 6 | 2,7-9,2 |
| Die Grünen | 10,7 | 8,7-12,7 |
| Die Linke | 6,8 | 4,3-8,9 |
| NPD/REP Etc. | 4,2 | -1,9-10,3 |
| AfD | 2,9 | 1,2-4,6 |
| Andere | 7,8 | 2,3-13,2 |
| Keine Partei | 4 | 3,6-4,4 |
| | Cramers V | 0,09 |
| | Pearson Chi ² (9) | 125,41 (p=0,00) |

Kursive Werte basieren auf einem n<100. Diese werden bei der Interpretation nicht berücksichtigt. Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 15315.

Quellen: SOEP v.33 (gewichtet), Welle 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 4

Einschätzung der Folgen der Zuwanderung Geflüchteter nach Parteineigung

Bewertungsskala von 1 (extrem negativ) bis 11 (extrem positiv)

| Partei | Mittlerer Wert | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|--------------|----------------|-------------------------------|
| SPD | 5,8 | 5,8-5,9 |
| CDU | 5,4 | 5,4-5,5 |
| CSU | 4,5 | 4,4-4,7 |
| FDP | 5,7 | 5,3-6,0 |
| Die Grünen | 7 | 6,9-7,1 |
| Die Linke | 5,9 | 5,7-6,1 |
| NPD/REP Etc. | 2,1 | 1,7-2,4 |
| AfD | 2,9 | 2,7-3,1 |
| Andere | 5,8 | 5,4-6,2 |
| Keine Partei | 4,7 | 4,7-4,7 |

Kursive Werte basieren auf einem n<100. Diese werden bei der Interpretation nicht berücksichtigt. Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 15083.

Quellen: SOEP v.33 (gewichtet), Welle 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

AnhängerInnen von Bündnis90/Die Grünen zeigen mit Abstand das höchste Engagement

Neben klassischen soziodemographischen Merkmalen zeigt sich sowohl in der allgemeinen Debatte um Zuwanderung als auch speziell beim Thema Geflüchtete eine weitere Konfliktlinie: die Parteineigung.¹⁵ So haben besonders die AfD und der Konflikt zwischen CDU und CSU den Diskurs auf Bundesebene geprägt. Darüber hinaus wurde die Stimmung im Herbst 2015 von einer Willkommenskultur und starker Hilfsbereitschaft der hier lebenden Bevölkerung dominiert. Neben der Parteineigung wird daher ein schon bestehendes ehrenamtliches Engagement der Befragten als möglicher Erklärungsfaktor für Einstellungen und ein Engagement für Geflüchtete vor Ort herangezogen. Da diese Variablen jedoch im Stimmungsbarometer nicht abgefragt werden,¹⁶ greifen wir auf die Befragungswelle 2016 des SOEP¹⁷ zurück (Kasten 2).

15 Alexander Yendell, Oliver Decker und Elmar Brähler (2016): Wer unterstützt PEGIDA und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung? In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler. (Hrsg.) Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen. 137-152

16 In der März-Erhebung war die Sonntagsfrage enthalten. Für diesen Indikator zeigen sich ähnliche Zusammenhänge wie die hier berichteten Ergebnisse auf Basis des SOEP v.33 2016.

17 Da es für die 2016 erhobene Welle des SOEP noch kein Querschnittsgewicht gibt, wurde ein Personengewicht auf Basis des SOEP 2015 (v.32) genutzt.

In der Stichprobe des SOEP zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Parteipräferenz und der Arbeit mit Geflüchteten vor Ort. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sind dabei zum Teil sehr deutlich. Rund neun bis 13 Prozent der AnhängerInnen von Bündnis90/Die Grünen gaben im Jahr 2016 an, in der Vergangenheit Geflüchtete vor Ort unterstützt zu haben (Tabelle 3). Dies ist unter ParteianhängerInnen mit Abstand der höchste Anteil. Den niedrigsten Anteil wiesen AfD-AnhängerInnen mit Werten von eins bis fünf Prozent auf.¹⁸ Ebenso wird deutlich, dass ein Unterschied zwischen den Unionsparteien besteht: CDU-AnhängerInnen haben sich in der Tendenz häufiger engagiert als AnhängerInnen der CSU. Die Quoten der restlichen Parteien liegen alle sehr nah beieinander.

Bei der Einstellung gegenüber Geflüchteten zeigt sich auch, dass AnhängerInnen der Grünen im Mittel eine signifikant positivere Haltung einnehmen als AnhängerInnen anderer Parteien (Tabelle 4), gefolgt von Die Linke, SPD und FDP. Hier gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Unionsparteien: Der mittlere Wert der Einstellung ist bei AnhängerInnen der CSU signifikant niedriger als bei der CDU. Mit Abstand die nega-

18 Die Quote der NPD, Republikaner und der Partei Die Rechte lässt sich aufgrund einer zu geringen Fallzahl nicht hinreichend auswerten.

tivste Meinung weisen erwartungsgemäß AnhängerInnen der AfD auf. Betrachtet man Personen, die keiner Partei anhängen, so zeigt sich ein mittlerer Wert von rund 4,7. Sie liegen somit im Bereich der AnhängerInnen von CSU, deutlich über denen der AfD, aber unter den Werten der CDU-AnhängerInnen.

Wer sich ehrenamtlich engagiert, zeigt sich gegenüber Geflüchteten offener

Im zweijährigen Befragungsrhythmus werden im SOEP kontinuierlich ehrenamtliche Aktivitäten erhoben.¹⁹ Für die vorliegende Analyse wurden die Antwortmöglichkeiten in zwei Kategorien, „Ehrenamt wurde ausgeführt“ und „kein Ehrenamt wurde ausgeführt“, zusammengefasst. Deutlich wird, dass Personen, die in früheren Wellen²⁰ angegeben haben, ehrenamtlich tätig gewesen zu sein, signifikant positiver im Hinblick auf die Folgen der Fluchtzwanderung eingestellt sind als andere Befragte. Die Gruppe der ehrenamtlich Tätigen weist einen mittleren Wert von 5,6 bis 5,8 auf, während Menschen, die in den vergangenen Jahren kein Ehrenamt innehatten, einen mittleren Wert um 4,9 erreichen (Tabelle 5). Diese Unterscheidung ist über den Zeitverlauf stabil. Das heißt, auch wenn die Ausübung des Ehrenamtes schon mehrere Jahre zurückliegt, ist die Einstellung gegenüber Geflüchteten positiver. Ebenso lässt sich von ehrenamtlichem Engagement in der Vergangenheit auf die Zukunft schließen. So gibt es einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen einem allgemeinen Engagement in der Vergangenheit und einem Engagement für Geflüchtete seit dem Jahr 2015 (Tabelle 6). Und wer sich bereits in der Vergangenheit speziell für Geflüchtete engagiert hat, gibt signifikant häufiger an, dies auch in Zukunft wieder tun zu wollen (Tabelle 7). Es zeigt sich somit, dass die organisierte Zivilgesellschaft eine bedeutsame Ressource darstellt, um Engpässe in der staatlichen Versorgung auszugleichen und Geflüchtete in Deutschland zu integrieren.

Fazit

Bürgerinnen und Bürger in Deutschland waren mit Blick auf die Zuwanderung Geflüchteter im vergangenen Jahr deutlich besorgter als noch drei Jahre zuvor. Gleiches gilt für die Sorgen bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass. Vor dem Hintergrund der vor allem im Jahr 2015 hohen Fluchtzwanderung wurden die Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Folgen der Fluchtmigration und ihre Bereitschaft, sich

Tabelle 5

Einschätzung der Folgen der Zuwanderung Geflüchteter nach ehrenamtlichem Engagement in der Vergangenheit

Bewertungsskala von 1 (extrem negativ) bis 11 (extrem positiv)

| Ehrenamt (Vergangenheit) | Mittlerer Wert | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|-------------------------------|----------------|-------------------------------|
| Ja | 5,7 | 5,6-5,8 |
| Nein | 4,9 | 4,9-5,0 |
| F Adj. Wald-Test (H0: diff=0) | | 157,17 (p=0,00) |

Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 15440.

Quellen: SOEP v.33 (gewichtet), Wellen 2011, 2013, 2015 und 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

für Geflüchtete zu engagieren, im vorliegenden Bericht genauer untersucht.

Demzufolge sah die Mehrheit der in Deutschland Lebenden im Verlauf des Jahres 2016 mehr Risiken als Chancen, die mit der seit Mitte 2015 gestiegenen Zuwanderung Geflüchteter verbunden sind.

Die Bereitschaft, für Geflüchtete zu spenden, war im Vergleich zu anderen Möglichkeiten des Engagements am höchsten; die Bereitschaft, an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen – ob für oder gegen Geflüchtete, kann anhand der Daten nicht unterschieden werden – teilzunehmen, hingegen am geringsten.

Vergleicht man Regionen innerhalb Deutschlands, offenbart sich, dass die Einschätzung der Folgen der Fluchtzwanderung einem Ost-West-Gefälle unterliegt. Menschen in Westdeutschland beurteilen die Folgen deutlich optimistischer als Ostdeutsche. Sowohl für die Einschätzungen als auch im Hinblick auf das Engagement für Geflüchtete vor Ort erweist sich außerdem die formale Bildung als bedeutsam: Je höher gebildet eine Person ist, desto positiver schätzt sie die Folgen der Fluchtzwanderung ein und desto wahrscheinlicher engagiert sie sich für Geflüchtete.

Zusätzliche Analysen der Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen darüber hinaus, dass traditionelle Konfliktlinien wie die Parteineigung bei der Einschätzung der Folgen von Fluchtmigration eine bedeutende Rolle spielen. Ebenso wird deutlich, dass ein in der Vergangenheit praktiziertes allgemeines ehrenamtliches Engagement deutlich mit einer positiveren Einstellung zu Geflüchteten und einer höheren Hilfsbereitschaft verbunden ist.

Die gestiegenen Sorgen der Bevölkerung sind eine Mahnung an die Politik, die Flüchtlingsthematik mit einem tragfähigen und überzeugenden Gesamtkonzept für die Zuwanderung in Deutschland anzugehen, damit sowohl Geflüchtete ihren Platz in der deutschen Gesellschaft fin-

¹⁹ Vgl. Mareike Alscher und Eckhard Priller (2016): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Statistisches Bundesamt und WZB (Hrsg.): Datenreport 2016. Bonn, 383-389. Die Engagement-Beteiligungquote betrug im Jahr 2013 etwa 30 Prozent.

²⁰ An dieser Stelle wird sich auf die Jahre 2011, 2013 und 2015 bezogen.

Tabelle 6

Engagement für Geflüchtete vor Ort nach ehrenamtlichen Engagement in der Vergangenheit

In Prozent

| Ehrenamt (Vergangenheit) | Engagement vor Ort | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|--------------------------|--------------------|-------------------------------|
| Ja | 11,3 | 10,2–12,3 |
| Nein | 3,7 | 3,4–4,0 |
| | Cramers V | 0,15 |
| | Pearson Chi2(1) | 275, 52 (p=0,00) |

Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 15675.

Quelle: SOEP v.33 (gewichtet), Wellen 2011, 2013, 2015 und 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Tabelle 7

Engagement für Geflüchtete vor Ort¹ nach künftig geplantem Engagement

In Prozent

| Engagement künftig geplant | In letzten zwölf Monaten engagiert | 95-Prozent-Konfidenzintervall |
|----------------------------|------------------------------------|-------------------------------|
| Ja | 90,5 | 88,6–92,5 |
| Nein | 7 | 6,6–7,4 |
| | Cramers V | 0,59 |
| | Pearson Chi2(1) | 5401,92 (p=0,00) |

Die Berechnungen basieren auf einem ungewichteten N von 15860.

¹ Zum Zeitpunkt der Befragung wurde jeweils nach dem Engagement in den zurückliegenden zwölf Monaten gefragt.

Quelle: SOEP v.33 (gewichtet), Welle 2016; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Jannes Jacobsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jjacobsen@diw.de

JEL: A13, D64, I31

Keywords: Refugee, Public Opinion, Civil Engagement

den als auch Institutionen und öffentliche Strukturen auf künftige Fluchtmigration adäquat vorbereitet sind.

Erfolge können umso leichter erzielt werden, wenn neben der Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel²¹ vor allem die öffentliche Verwaltung und die Zivilgesellschaft effektiv zusammenarbeiten. Wie die Analysen zeigen, ist – ungeachtet der Skepsis eines Teils der Bevölkerung – ein nicht unerheblicher Anteil der deutschen Gesellschaft bereit, in der Not nach Deutschland geflüchteten Menschen zu helfen und ihnen die Integration zu erleichtern. Es liegt in der Verantwortung der Politik, dieses Potential zu erschließen und ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt dürfte dadurch erheblich gestärkt werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bereitschaft, sich zu engagieren, genutzt werden sollte, um langfristige Aufgaben des Staates zu ersetzen. Vielmehr müssen die Prozesse Hand in Hand gehen, um die Potentiale einer koordinierten Zusammenarbeit bestmöglich auszuschöpfen.

Es muss in Zukunft das Ziel sein, die Herausforderungen der Fluchtzuwanderung ohne gesellschaftliche und politische Verwerfungen zu meistern. Die Anerkennung, Unterbringung sowie nachhaltige Integration in gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt und soziale Netzwerke müssen somit auch im Wahljahr 2017 ein zentrales Feld bleiben, auf dem neben den Ländern und den Kommunen auch der Bund gefordert ist.

21 Für einen Überblick der 2015 und 2016 getätigten Aufwendungen im Bundeshaushalt für die Asyl- und Flüchtlingspolitik vgl. Bundesministerium der Finanzen (2017): Monatsbericht des BMF 2017 (online verfügbar).

Philipp Eisnecker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | peisnecker@diw.de

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jschupp@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 16+17/2017:

www.diw.de/econbull





Philipp Eisnecker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Infrastrukturreinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

INTERVIEW MIT PHILIPP EISNECKER

»Ostdeutsche schätzen die Folgen von Fluchtzuwanderung negativer ein als Westdeutsche«

1. Herr Eisnecker, haben die Sorgen der Bevölkerung bezüglich der Flüchtlingszuwanderung zu- oder abgenommen? Wir können klar sagen, dass in den Jahren 2015 und 2016 die Sorgen der Bevölkerung zu den Themenfeldern Zuwanderung und Migration, aber auch zu Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass deutlich zugenommen haben. Das sehen wir anhand der Zahlen der Langzeiterhebung Sozio-oekonomisches Panel, die zu verschiedenen Themen die Sorgen der Bevölkerung schon seit Jahren erhebt.
2. Welche Aspekte der Flüchtlingszuwanderung bereiten den Befragten größere und welche geringere Sorgen? Wir haben die Sorgen der Befragten bezüglich der Flüchtlingszuwanderung in fünf Bereichen abgefragt. Dabei muss man insgesamt sagen, dass im Jahresverlauf 2016 die Einschätzungen der Befragten in allen fünf Bereichen sehr skeptisch sind. Am wenigsten skeptisch sind sie noch im Bereich der Wirtschaft, wohingegen wir besonders skeptische Einschätzungen im Bereich der allgemeinen kurzfristigen Auswirkungen sehen. Die Bereiche Deutschland als Ort zum Leben und kulturelles Leben in Deutschland, sowie die langfristigen Auswirkungen liegen im Mittelfeld.
3. Überwiegt die Skepsis oder werden auch Chancen gesehen? Wir sehen, dass die deutlichen Optimisten klar in der Minderzahl sind und die Mehrheit der Bevölkerung sich entweder aus klaren Skeptikern oder ambivalenten und unentschlossenen Personen zusammensetzt, und das bleibt auch im Jahresverlauf 2016 so.
4. Welche Personengruppen stehen der Flüchtlingszuwanderung eher skeptisch und welche eher zuversichtlich gegenüber? Je höher eine Person formal gebildet ist, desto optimistischer ist sie. Außerdem sehen wir relativ klare Ost-West-Unterschiede. Personen, die in Ostdeutschland leben, sind eher skeptisch eingestellt als Westdeutsche, und zuletzt sehen wir auch relativ deutlich, dass Personen, die sich selbst als Arbeiter bezeichnen, skeptischer als Angestellte und Beamte sind.
5. Wie sieht das aus, wenn man nach Parteizugehörigkeit unterscheidet? Da sehen wir vor allem, dass sich Anhänger der Partei Bündnis 90/Die Grünen wesentlich häufiger für Geflüchtete engagieren und auch optimistischer auf die Auswirkungen der Fluchtzuwanderung schauen. Auf der anderen Seite sehen wir dann, wenig überraschend, die Anhänger der AfD, die sich sehr selten für Flüchtlinge engagieren und auch sehr pessimistisch auf die Auswirkungen der Fluchtzuwanderung schauen. Die anderen Anhänger der Parteien liegen im Mittelfeld, sowohl beim Engagement als auch bei den Einschätzungen der Auswirkungen.
6. Hat das Engagement der Bevölkerung zu- oder abgenommen? Weil wir nach den letzten zwölf Monaten gefragt haben, können wir jetzt nicht direkt klare Trends abschätzen. Wir haben aber außerdem gefragt, ob die Person auch in Zukunft vor hat, sich zu engagieren, und da sehen wir von Jahresanfang 2016 bis November eine tendenzielle Abnahme der Absicht, sich in Zukunft engagieren zu wollen.
7. Wie groß ist der Graben zwischen Befürwortern und Skeptikern? Spaltet das Thema Flüchtlingszuwanderung die deutsche Gesellschaft? Interessanterweise hat sich herausgestellt, dass sowohl Skeptiker als auch optimistischere Personen Engagement für Flüchtlinge zeigen oder zumindest angeben, dass sie sich in Zukunft engagieren wollen. Insgesamt sehen wir, dass engagierte oder engagementbereite Personen eher optimistisch auf die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung blicken, aber gleichzeitig ist da kein großer Graben, der engagierte und nicht engagierte Personen ganz klar in ihrer Einstellung spaltet.
8. In diesem Jahr ist Bundestagswahl. Welchen politischen Stellenwert hat das Thema Flüchtlingszuwanderung bei den Befragten? Wir sehen anhand der Daten des Sozio-oekonomischen Panels, dass die Sorgen um die Themen Migration, aber auch Fremdenfeindlichkeit extrem angestiegen sind. Aus anderen Befragungen wissen wir auch, dass inzwischen das Themenfeld Migration, Zuwanderung, Flüchtlinge zum wichtigsten Themenfeld wurde. Angesichts dessen ist auch zu erwarten, dass dieses Thema die Wahlen mitbestimmen wird.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Bereich Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zukunftsweisende Verhandlungen sind gefragt

Großbritannien verlässt die Europäische Union. Sehr komplexe Verhandlungen stehen bevor. Ein Teil davon betrifft die wirtschaftlichen Beziehungen und damit die Frage, wie die Exportströme zwischen der Europäischen Union (EU) und Großbritannien zukünftig aussehen werden.

Zunächst fällt eine wichtige Asymmetrie auf: Für die EU beträgt der Anteil der Exporte nach Großbritannien (im Vergleich zu allen Exporten) weniger als zehn Prozent. Für Großbritannien ist jedoch der ungehinderte Zugang zu allen Mitgliedsländern der EU mit 46 Prozent aller Exporte überlebenswichtig. Ebenso hängt das Land in besonderem Maße von den Importen aus der EU ab, kommen doch etwas mehr als die Hälfte aller britischen Importe von dort.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, zwei Szenarien der Brexit-Verhandlungen zu diskutieren: das so genannte norwegische Modell und eine Lösung auf Basis der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Bei ersterem würde sich am wirtschaftlichen Austausch zwischen der EU und Großbritannien nichts ändern, Großbritannien müsste allerdings auch alle Regeln der EU einschließlich der bestehenden Zuwanderungsregeln übernehmen. Es verlöre „nur“ sein Stimmrecht in den EU-Organen. Bei einer Lösung auf Basis der WTO-Regeln müssten dagegen beide Seiten mit erheblichen Rückgängen im gegenseitigen Austausch von Gütern und Dienstleistungen rechnen.

Das führt zu einer zweiten Asymmetrie: Vor allem britische Unternehmen hätten dann einen Anreiz, über eine Standortverlagerung nachzudenken. Das gilt etwa für die Pharmaindustrie, aber vor allem für die Finanzbranche, die wichtigste „Exportindustrie“ des Landes. Denn diese Dienstleistungen können relativ schnell durch Konkurrenten in der EU übernommen werden. Sollte London also seine so genannten „EU-passporting“-Rechte verlieren, die der dortigen Finanzindustrie erst die Geschäfte in der ganzen EU ermöglichen, würden die Ausfahrten britischer Finanzdienstleistungen regelrecht einbrechen.

Mögliche Verwerfungen aufgrund reduzierter Handelsbeziehungen träfen die EU sicherlich hart, für Großbritannien stünde aber dessen wichtigste Spezialisierung zur Disposition. Nur: Der EU kann nicht an einer siechenden britischen Wirtschaft gelegen sein, allein die Gefahr negativer Ansteckungseffekte für die Weltwirtschaft ist viel zu groß.

Es besteht also ein essentielles gegenseitiges Interesse an einer Fortsetzung der intensiven wirtschaftlichen Beziehungen, und das geht am besten über das norwegische Modell.

Interessanterweise hat sich die aktuelle britische Regierung frühzeitig gegen dieses Modell entschieden. Nun aber stehen in Großbritannien Neuwahlen an. Im Wahlkampf könnten sich die Parteien entsprechend positionieren, indem sie sich für bestimmte Verhandlungslösungen stark machen. Angesichts der Katerstimmung in der britischen Bevölkerung nach dem Brexit-Votum hätte eine Partei, die sich einen Verhandlungsansatz ähnlich dem norwegischen Modell auf die Fahnen schreibt, gute Chancen auf Stimmenzuwachs.

Gleichzeitig täte die EU gut daran, sich mit den Gründen der Scheidung auseinanderzusetzen. Damit das europäische Projekt neues Leben bekommt, wird es Zeit, dass man in Brüssel kritisch hinterfragt, warum immer mehr Menschen nicht nur auf der Insel immer weniger an die europäische Einigung glauben. Die EU-Kommission muss über radikale Reformen nachdenken.

Nach den Neuwahlen werden harte Verhandlungen geführt werden, möglichst solche, die einen „harten Brexit“ vermeiden. Insofern bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungsparteien kühlen Kopf bewahren und sich nicht allzu oft zeitraubende „Lektionen“ erteilen, wer am längeren Hebel sitzt. Vor allem Großbritannien braucht eine gute Verhandlungslösung mit allen EU-Staaten gleichzeitig. Unterdessen wäre es wichtig, am europäischen Haus weiter zu bauen, und zwar so, dass es für seine verbliebenen Bewohner, aber auch für die Briten wieder attraktiver wird.